

# Alle gegen die Zivilbevölkerung?

Andrea Dallek unter Verwendung eines Berichts der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.



**Sri Lanka:  
Menschenrechtsverletzungen  
auf allen Seiten**

**Erschreckend liest sich der aktuelle Lagebericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zur Situation nach dem Bürgerkrieg in Sri Lanka. Hier dokumentieren wir Auszüge des Berichtes.**

Über Monate hinweg glich der Norden Sri Lankas der Situation bei einer Geiselnahme. Die sri-lankische Armee hatte den Griff um die LTTE-Kämpfer (Liberation Tigers of Tamil Eelam) immer enger geschlossen. Mit den Rebellen waren auch Zehntausende ZivilistInnen eingeschlossen. Die Niederlage der LTTE brachte Tausende tote und verletzte ZivilistInnen mit sich, die schweren Artillerieangriffen einerseits und den Bedrohungen der LTTE, die deren Flucht verhindern wollten, ausgesetzt wurden. Am 19. Mai 2009 erklärte der Präsident von Sri Lanka, Mahinda Rajapaksa, den Sieg der Regierungstruppen über die LTTE und den Krieg für beendet. Die Kosten des Krieges sind enorm hoch, und gegen beide Seiten des Konflikts wird der Vorwurf schwerster Menschenrechtsverbrechen erhoben.

In verschiedenen Kommentaren ist zu lesen, dass viele politische und ökonomische Ursachen, die zum Nationalismus und Terrorismus der LTTE geführt haben, weiter vorhanden und von der Regierung nicht wirksam bekämpft worden sind. Auch TamillInnen, die in Opposition zur LTTE stehen, befürchten, dass die brutale militärische Kampagne zu Lasten der Zivilbevölkerung nur die Saat für eine neue militante und separatistische Bewegung gelegt hat, sei es unter der Fahne der LTTE oder neuer militanter Gruppierungen.

## **Entwicklungen in Sri Lanka**

Inwieweit die Regierung Sri Lankas nach 25 Jahren eines brutalen Konflikts Anstrengungen unternimmt, mit moderaten tamilischen Kräften zusammenzuarbeiten, die legitime Anliegen der tamilischen Gemeinschaft vertreten,

ist derzeit offen. Die Tamilinnen und Tamilen bräuchten ein Signal, dass sie tatsächlich gleichberechtigte BürgerInnen in einem neuen Sri Lanka sein würden. Die momentane Behandlung der Vertriebenen aus dem früheren LTTE-Gebiet, die in Internierungslagern festgehalten werden, spricht gegen ein mehr als rhetorisches Zugehen auf die tamilische Minderheit. Viele Vertriebene sind Kinder oder alte Menschen, die nicht als gefährlich angesehen werden können und freigelassen werden müssten. Die Internierungspolitik ist kein Zufall, sondern Teil einer Politik, die alle Aspekte der Nachkriegssituation kontrollieren und alle Feinde ausrotten will, seien sie real oder eingebildet. Die Vertriebenen werden auf unabsehbare Zeit hinter militärisch gesichertem Stacheldraht oder jedenfalls in Lagern gehalten werden. Obwohl das Land wirtschaftlich am Boden ist und die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) benötigt wird, ist eine weitere Militarisierung (personelle Aufstockung des Militärs von 200.000 auf 300.000 Mann) geplant. Auch nach dem Ende der Kämpfe werden Hilfswerke, Medien und Personen, die diese Inhaftierungspolitik in Frage stellen, systematisch belästigt und bedroht. Buchstäblich jeder Mensch, der im Kontakt mit den LTTE war, ob Sri LankanerIn oder AusländerIn, gilt als ein/e verdächtiger LTTE-SympathisantIn.

## **Gefährdung der Zivilbevölkerung im Krieg**

Im Februar 2009 deklarierte die Regierung Sri Lankas im Küstengebiet nördlich von Mullaitivu eine 14 Quadratkilometer grosse «no-fire zone» und forderte die ZivilistInnen auf, sich dort in Sicherheit zu bringen.



Gedenken an die im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge in Agrigento im Oktober 2009, Foto: Onno Teigeler (siehe Artikel auf Seite 31).

Die Regierung behauptete, dass die Streitkräfte keine Granaten auf diese Zone werfen, während der LTTE-nahe Internetdienst Tamilnet täglich von Toten und Verletzten in dieser Zone berichtete. Die LTTE ihrerseits griffen die sri-lankische Armee immer wieder aus dicht besiedelten Gebieten an und gefährdeten damit das Leben der ZivilistInnen. Es kann angenommen werden, dass die Verluste auf beiden Seiten sehr hoch waren. Als der Konflikt seinen finalen Zustand erreicht hatte, äußerten UNO-Offizielle, dass das Blutbad, vor dem sie gewarnt hatten, Realität geworden ist. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) beschrieb die Situation als «unvorstellbare humanitäre Katastrophe».

Noch immer ist wenig über die Endphase der Armeeeoperationen bekannt. Wie aus wenigen AugenzeugInnenberichten bekannt wurde, fanden nur wenige ZivilistInnen in gedeckten Unterständen Schutz vor dem Artilleriebeschuss und den Kampfflugzeugen. Während der ganzen Offensive hatte die sri-lankische Armee die Zivilbevölkerung vor sich her getrieben in der Erwartung, dass die Lebensbedingungen in dem rasch sich verkleinernden Gebiet unerträglich würden. Von den LTTE hatten die Fliehenden ebenfalls nichts Gutes zu erwarten, weil diese die Flucht aus dem Kampfgebiet

mit Schüssen verhinderten und die Zwangsrekrutierung verschärften. Zum Schluss schickten die LTTE militärisch kaum ausgebildete Kinder an die Front.

Da die Regierung keine BeobachterInnen und Medien zum Kampfgebiet zuließ und Tausende von AugenzeugInnen heute ohne Kontakt zur Außenwelt in den Lagern interniert sind, sind genauere Angaben zu diesen Vorgängen derzeit nicht möglich. Eine unabhängige Untersuchung der Vorgänge, wie sie von Menschenrechtsorganisationen gefordert wird, will die Regierung um jeden Preis verhindern. Das ist in Kontinuität mit der Vergangenheit, in der auch schwerste Menschenrechtsverletzungen (Verschwindenlassen, Tötungen, Folter) keiner Aufklärung und erst recht keiner Strafverfolgung zugeführt wurden.

### **Unterdrückung im Namen des Kampfes gegen den Terror**

Nach Selbstmordattentaten durch Angehörige der LTTE auch nach dem Ende des Krieges verschärft die Regierung die „Sicherheitsmaßnahmen“, gerade auch in Colombo. Ob diese Maßnahmen zur Verhinderung von weiteren Selbstmordanschlägen führen, wird bezweifelt. Die Beendigung der

## DOKUMENTATION

Erlass des Innenministeriums Schleswig-Holstein  
Kiel, 17.11.2009

### **Rückführungen nach Sri Lanka**

Mit Erlass vom 27. Mai 2009 ist für den Zeitraum von sechs Monaten die Aussetzung von Abschiebungen nach Sri Lanka gem. §60a Abs. 1 AufenthG angeordnet worden. Diese Regelung endet damit am 26. November 2009.

Nach dem aktuellen Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Sri Lanka vom 2. September 2009 gilt der Bürgerkrieg zwar offiziell als beendet, jedoch stellt sich die humanitäre Lage der Bevölkerung weiterhin als sehr angespannt dar. Auf eine besondere Rückkehrproblematik für tamilische Volkszugehörige, die nicht auf ein entsprechendes familiäres oder soziales Netzwerk in Sri Lanka zurückgreifen können, hat das Auswärtige Amt im November dieses Jahres erneut hingewiesen.

Gegenwärtig halten sich in Schleswig-Holstein allerdings nur zwei geduldete Staatsangehörige aus Sri Lanka auf, so dass die erneute Anordnung der Aussetzung von Abschiebungen nach Sri Lanka zurzeit nicht für erforderlich gehalten wird.

Sollte im Einzelfall die Durchführung einer Abschiebung nach Sri Lanka möglich und notwendig werden, ist dies rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme beim Innenministerium anzuzeigen. Den Betroffenen sollte ggf. Gelegenheit gegeben werden, ein Asyl- bzw. Asylfolgeverfahren an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu richten.

Kampfhandlungen hat die Situation keineswegs entspannt, im Gegenteil.

So wurden im September 2008 alle Personen, die in den letzten fünf Jahren aus den LTTE- dominierten Gebieten im Norden und Osten nach Colombo umgezogen waren, angewiesen, sich registrieren zu lassen. Ein zweiter Registrierungsaufruf erfolgte Anfang Januar 2009. LTTE-Kader, die sich unter die Bevölkerung mischen könnten, sollen so entlarvt werden. Sich auf einer Polizeistation melden zu müssen, ist für Tamilinnen und Tamilen aber immer ein Grund zur Sorge. Willkürliche Festnahmen, Haft ohne richterliche Überprüfung, Verschwinden oder Gelderpressung gegen Freilassung waren in der Vergangenheit und sind immer noch jederzeit möglich. Hinzu kommt, dass die Polizei in Colombo nicht tamilisch spricht und bei weitem nicht alle TamillInnen singhalesisch sprechen. Laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) besteht vor allem für junge, tamilische Männer die Gefahr, willkürlich verhaftet, entführt oder gar getötet zu werden.

### **Angriffe auf JournalistInnen und MenschenrechtsaktivistInnen**

Die Hoffnung, der singhalesisch-chauvinistische Feldzug gegen RegierungskritikerInnen würde mit dem Kriegsende nachlassen, hat sich nicht erfüllt. Mit dem Ende der LTTE hätte die Regierung Argumente zur Einschränkung und Behinderung der Meinungsfreiheit eigentlich verloren, doch scheinen die Regierungspropaganda und die Einschüchterung Oppositioneller sogar zuzunehmen. Nachdem die Regierung die LTTE militärisch besiegt hat, befürchten viele eine Kampagne zur Ausschaltung aller dissidenten Meinungen. Ein Beispiel, was die Regierung unter strafwürdigem LTTE-Sympathisantentum versteht, ist die Verhaftung von drei tamilischen Ärzten, die bis zum Kriegsende im umkämpften Gebiet ausgeharrt und sich um Verletzte gekümmert hatten. Als unabhängige Augenzeugen hatten sie Hilfsorganisationen und Medien über die Lage vor Ort informiert. Erst durch ihre Berichte wurde bekannt, dass sich viel mehr ZivilistInnen in den Kampfgebieten aufhielten, als von der Regierung behauptet. Zudem machten sie publik, dass die «no-fire zone» ununterbrochen

## **Dass der UNO-Sicherheitsrat sich gegenüber der schrecklichen Lage der Zivilbevölkerung im Kampfgebiet indifferent gezeigt hat, sogar sich weigerte, diese Ereignisse zu diskutieren, ist aus Sicht von Menschenrechtorganisationen ein Versagen von historischen Proportionen.**

mit schwerer Artillerie beschossen wurde und dabei Tausende von ZivilistInnen getötet wurden. Seither werden die Ärzte von der Terrorismus-Abteilung der Polizei in Colombo festgehalten.

Seit der Waffenstillstand zwischen der sri-lankischen Regierung und den LTTE im 2006 de facto gebrochen wurde, wurden JournalistInnen, die sich objektiv oder gar kritisch zum Kriegsgeschehen äusserten, immer wieder bedroht, angegriffen oder gar getötet. Als Rechtfertigung wurde ihnen in der Regel eine Verbindung zu den LTTE unterstellt. Aufgrund des in Sri Lanka bestehendem Notstands- und Antiterrorgesetzes kann jemand auch ohne Anklage bis zu 18 Monaten festgehalten werden.

### **Ausblick**

Dass der UNO-Sicherheitsrat sich gegenüber der schrecklichen Lage der Zivilbevölkerung im Kampfgebiet indifferent gezeigt hat, sogar sich weigerte, diese Ereignisse zu diskutieren, ist aus Sicht von Menschenrechtorganisationen ein Versagen von historischen Proportionen. Die Regierung Sri Lankas könnte eine unabhängige Untersuchungskommission zu Kriegsverbrechen beider Konfliktparteien zulassen, wäre sie sicher, dass den Sicherheitskräften keine Kriegsverbrechen anzulasten sind. Was mit in Sonderlagern inhaftierten oder verschwundenen LTTE-Kadern oder -SympathisantInnen geschehen ist und noch immer geschieht, ist ungewiss. Auch wenn es Ziel sein mag, dass ein Teil von ihnen Integrationsprogramme durchlaufen soll, muss angesichts der jahrelangen katastrophalen Menschenrechtsbilanz der Regierung und der fehlenden Bereitschaft,

Missbräuche aufzudecken und zu verfolgen, befürchtet werden, dass Folter, Tötungen und Verschwindenlassen zum Einsatz kommen. Dem Angebot von Präsident Rajapaksa vor dem Parlament, die tiefe ethnische Spaltung zu überwinden, sollten Taten folgen.

Versöhnung kann nur geschehen, wenn bekannt wird, was während des Kriegs, besonders während der letzten Monate, geschehen ist. Vertrauensbildende Massnahmen wären nötig, um der verängstigten und traumatisierten tamilischen Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Die Behandlung der nahezu 300'000 festgehaltenen Vertriebenen wird entscheidend sein für das künftige Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit. Leider gibt es nur wenige Signale, die zum Optimismus berechtigen. Weitere Militarisierung und Rachefeldzüge gegen Medienschaffende und Andersdenkende haben nach dem Krieg eher zugenommen. Sie sind keine Signale für eine Lösung der Probleme auf politischem Weg. Eine Rückkehr zum Rechtsstaat, die Auflösung der regierungsnahen Milizen, die Ahndung der Menschenrechtsverletzungen liegen in weiter Ferne. Es ist sehr ungewiss, ob so der militärische Sieg zu einem Frieden führen kann.



Der vollständige Lagebericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe ist zu finden unter [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)